

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 646 pohn d

Inhalt

Ottmar Schreiner MdB verlangt umfassende Information über Cattenom: Kritische Würdigung der Sicherheitslage ermöglichen.

Seite 1

Horst Jaunich MdB verwirft den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Leistungen bei Schwerstpflegebedürftigkeit: Noch eine Mogelpackung.

Seite 3

Egon Lutz MdB setzt sich mit einer Frauen-Broschüre des Bundespresseamtes auseinander: Schönfärberei, Verfälschung, Tatsachenverdrehung.

Seite 4

Dokumentation:

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Anke Fuchs, die der Sozialpolitischen Kommission ihrer Partei vorsteht, machte auf der sozialpolitischen Konferenz der SPD in Neunkirchen am 11. Juni programmatische Ausführungen, die wir in drei Teilen dokumentieren. (Teil II)

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

41. Jahrgang / 117

25. Juni 1986

Wie sicher ist Cattenom?

Die Bundesregierung muß durch Offenlegung aller relevanten Dokumente eine kritische Würdigung ermöglichen

Von Ottmar Schreiner MdB

Angesichts der objektiven Gefahrenlage ist dem Sprecher der Bundesregierung, Friedhelm Ost, eine geradezu kriminelle Verwirrungspolitik in Bezug auf den Atomkraftwerkskomplex Cattenom vorzuwerfen. Laut Nachrichtenspiegel „Wirtschaft · Finanzen“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 23. Juni 1986 hat Ost erklärt, Berichte träfen nicht zu, wonach in einer Sicherheitsstudie der französischen Betreibergesellschaft „Electricite de France“ (EdF) Sicherheitsbedenken enthalten seien. Eine deutsch-französische Kommission sei bereits 1982 zu dem Ergebnis gekommen, daß eine deutschen Anlagen vergleichbare Sicherheit bestehe.

Tatsächlich heißt es auch in dem von Regierungssprecher Ost zitierten und von der „Deutsch-Französischen Kommission“ (DFK) über die Sicherheit der Kernkraftwerke Cattenom und Philippsburg 2 auf der 9. Hauptsitzung am 2. bis 4. 1982 in Hamburg verabschiedeten Bericht:

„Auf der Grundlage dieses Kenntnisstandes kommt die DFK zu dem Schluß, daß die für die Kernkraftwerke Cattenom und Philippsburg 2 bereits getroffen beziehungsweise vorgesehenen Sicherheits-, Strahlen- und Umwelt- sowie Notschutzmaßnahmen insbesondere im Hinblick auf potentielle grenzüberschreitende Auswirkungen vergleichbar sind und daß für die in Grenznähe lebende Bevölkerung im Hinblick auf die jeweilige ausländische Anlage praktisch ein analoger Schutz zu erwarten ist, wie in der Umgebung der einen Anlage. In beiden Ländern gelten vergleichbare Schutzziele; zur Erreichung dieser Ziele werden aber zum Teil voneinander abweichende technische Lösungswege beschritten und unterschiedliche Nachweismethoden (Berechnungsgrundlagen, Modelle...) gewählt...“

Wenn die Einschätzung der Deutsch-Französischen Kommission, auf die sich Ost in beschwichtigender Weise bezieht, zuträfe, wonach der Atomkraftkomplex Cattenom ebenso „sicher“ sei wie

Kempler-Linotype
Druckerei
Bonn



deutsche Atomkraftwerke, dann stellt sich die schlichte Frage, warum Ost am Abend des 20. Juni 1986 der „Saarbrücker Zeitung“ erklärt hat, Bundeskanzler Kohl wolle Cattenom“ zum Hauptthema beim EG-Gipfel machen“ (Siehe „Saarbrücker Zeitung“ vom 21./22. Juni 1986). Vom Bundespresseamt am 18. Juni 1986 verbreiteten Agenturmeldungen zufolge wies Bundeskanzler Kohl zudem darauf hin, daß er strenge Sicherheitsvorkehrungen in Cattenom erreichen wolle.

Viel entscheidender aber sind die schwerwiegenden und sich ständig verschärfenden Widersprüche zwischen den teilweise der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Berichten. In einer vom Saarländischen Rundfunk am 18. Juni und in der ARD-Sendung „Report“ vom 24. Juni bundesweit wiederholt verbreiteten „Kurzfassung“ des circa 2.500 Seiten starken Sicherheitsberichts des EdF hieß es, der Sicherheitsbericht gehe davon aus, daß es einmal während der Lebenszeit der Atomkraftzentrale (circa 25 Jahre) zu einem Bruch des Primärkreislaufes kommen würde und einmal jährlich mit einem Bruch des Sekundärkreislaufes zu rechnen sei. Bei letzterem würden große Mengen radioaktiven Wassers auslaufen. Die statistisch gegebene Störanfälligkeit des Reaktors sei 100 mal höher als bei deutschen Reaktoren. Die „Saarbrücker Zeitung“ berichtete am 21./22. Juni 1986 von zwei TÜV-Stellungnahmen vom Februar 1982 und vom Oktober 1984, aus denen unter anderem hervorgehen soll, daß „kein Schutz gegen Gaswolkenexplosionen und den Absturz schnellfliegender Militär-Flugzeuge bestünde“. Die gestrige ARD-Sendung „Report“ wies darauf hin, daß sowohl das Tieffluggebiet des US-Militärflughafens Ramstein als auch der Militärflughafen Metz sowie weitere fünf zivile Flughäfen in der unmittelbaren Umgebung von Cattenom liegen.

Wenn diese Angaben auch nur teilweise zutreffen, dann ist jedenfalls der Bericht der DFK eine ungeheuerliche Verharmlosung der wirklichen Gefahrenlage, der den sofortigen Rücktritt der dafür Verantwortlichen zur Folge haben müßte. Da der EdF-Sicherheitsbericht seit 1982 den deutschen Regierungsbehörden bekannt war, mußte er auch der DFK vorgelegen haben. Sollte er im gleichen Jahr 1982 nach der Berichtsabfassung durch die DFK im Juni 1982 zugegangen sein, hätte er unverzüglich zu Korrekturen des DFK-Berichtes führen müssen. Welche Variante auch treffen mag, gänzlich unbegreiflich ist dann aber, wieso sich der Sprecher der Bundesregierung noch am 23. Juni 1986 in verharmlosender Absicht auf diesen Bericht beziehen kann. Ost soll seinen Hut nehmen. Wer in solch abenteuerliche Weise mit den Sicherheitsinteressen der deutschen Grenzbevölkerung umspringt, darf keinen Tag länger im Amt bleiben.

Regierungssprecher Ost bringt das Faß endgültig zum Überlaufen, wenn er laut „Saarbrücker Zeitung“ vom 24. Juni 1986 erklärt, der Sicherheitsbericht der EdF sei deshalb geheimzuhalten, weil „in den Unterlagen auch Geschäftsgeheimnisse“ enthalten seien. Träfe dies zu, so stellt sich zumindest die schon naive Frage, warum nicht zumindest die hier interessierenden Berichtsteile über die Sicherheit des Atomkomplexes veröffentlicht werden könnten.

Die Panzerschrankmentalität des Regierungssprechers unterstreicht das schlechte Gewissen der Bundesregierung und führt in ihrer letzten Konsequenz in lebens- und überlebenswichtigen Fragen zu einem kontrollfreien Raum. Der einzelne Parlamentarier und letztlich das Parlament insgesamt werden so ihrer grundgesetzlich zugewiesenen Funktion, die politische Exekutive zu kontrollieren, beraubt. Das Gestrüpp von Berichten und Expertisen wird immer undurchdringlicher. Bekannt ist die Existenz mehrerer EdF-Studien sowie etlicher TÜV-Stellungnahmen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, alle sicherheitsrelevanten Ausarbeitungen offenzulegen und eine kritische Würdigung zu ermöglichen. Der Bundestag wird sich spätestens nach der Sommerpause des Themas annahmen müssen.

(-/25.6.1986/vo-he/rs)

* * *



Noch eine Mogelpackung

Zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Leistungen bei Schwerstpflegebedürftigkeit

Von Horst Jaunich MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

es war eigentlich schon zu erwarten, daß der Entwurf der Bundesregierung eines Pflegeverbesserungsgesetzes sich bei näherem Hinsehen als Windei entpuppt. Dennoch: Der untaugliche Versuch, Pflegebedürftigen und ihren Familien eine simple Kostenüberwälzung auf die Krankenkasse als soziale Großtat zu verkaufen, ist sträfliche Augenwischerei. Zwei Beispiele mögen genügen.

Erstens ist „Schwerstpflegebedürftigkeit“ im Gesetzentwurf überhaupt nicht definiert. Die Bundesregierung hat sich mit der inzwischen bewährten Kanzlertechnik des Aussitzens um die Lösung der zugegebenermaßen schwierigen Abgrenzungsproblematik gedrückt und die Verantwortung auf Ärzte und Krankenkassen abgeschoben:

Zweitens müssen die solchermaßen eben noch nicht definierten „Schwerstpflegebedürftigen“ darüber hinaus nicht nur vorübergehend krank sein, also intensiver ärztlicher Behandlung bedürftig. Außerdem werden die Leistungen nach dem neuen Gesetz nur zur Unterstützung bereits vorhandener häuslicher Pflege in Aussicht gestellt. Organisatorisch dürften die vorgeschlagenen „Regelungen“ sowohl bei den Versicherten als auch bei Krankenkassen und Sozialhilfeträgern ein mittleres Bürokratiechaos hervorrufen.

Die Bundesregierung hat kein Konzept zur Lösung der finanziellen und menschlichen Probleme bei Pflegebedürftigkeit.

Mit diesem Gesetzentwurf werde die grundsätzliche Richtung zur Lösung des Problems der Pflegebedürftigkeit nicht vorgegeben, heißt es dazu in verblüffender Offenheit in der Begründung des Regierungsentwurfs. Aber dieser Entwurf benutzt Pflegebedürftigkeit ja auch nur als Hebel, um den Krankenkassen und damit den Arbeitnehmern neue Lasten an den Hals zu hängen. Schon jetzt bezeichnen die Krankenkassen die Kostenschätzungen in Höhe von rund zwei Milliarden DM als unrealistisch niedrig. Sie sprechen im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf von Mehrkosten in Höhe von fünf Milliarden DM und kündigen in der Konsequenz durchschnittliche Beitragssatzsteigerungen von 0,6 Prozent an.

Fazit: Der Gesetzentwurf bietet in seinem konkreten Teil nur eine neue Zusatzbelastung für Arbeitnehmer. Ein Beitrag zur Lösung der Probleme bei Pflegebedürftigkeit wird ernsthaft nicht geleistet und ist auch wohl nicht beabsichtigt. Mit dem Satz in der Gesetzesbegründung, die Bundesregierung sei bestrebt, bei der Verbesserung der Lage der Pflegebedürftigen einen grundsätzlichen Konsens mit den Ländern zu erreichen, verschafft sie sich bereits jetzt das Alibi für weitere Untätigkeit.

In der Sache bietet der Entwurf außer schönen Absichtserklärungen so gut wie nichts. Viel Quail und nichts dahinter. Mogelpackung!

(-/25.6.1986/vo-he/rs)



Schönfärberei, Verfälschung, Tatsachenverdrehung

Wie die Regierung ihre „Erfolge“ vom Bundespresseamt verkaufen läßt

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe für Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Die Papierproduktion des Bundespresseamtes läuft wieder auf Hochtouren und spuckt Rekordmengen an schönfärberischer Regierungspropaganda aus. So stellt „Politik für Frauen“ in vier Farben auf rund 150 Seiten die angeblichen frauenpolitischen Verdienste der Rechtskoalition dar. Kostprobe: „Frauen sind dabei, sich auch die letzten Bastionen der Berufswelt zu erobern - wenn auch manchmal unter spektakulären Begleiterscheinungen“. Was sind das wohl für „spektakuläre Begleiterscheinungen“? Ob damit gar die arbeitslosen Frauen und Mädchen unter 25 Jahren gemeint sind: Im März 1982 rund 770.000, im März 1984 knapp 990.000 und heuer 1.043 Millionen?

Oder die Frauenarbeitslosigkeit schlechthin, deren Quote sich beharrlich über dem Schnitt der allgemeinen Arbeitslosigkeit hält; diese erreichte in den ersten fünf Monaten 9,6 Prozent, bei den Frauen jedoch lag sie in der gleichen Zeit bei 10,7 Prozent. Zwischen Januar und Mai 1986 war monatlich ein durchschnittlicher Zugang von knapp 40.000 arbeitslosen Frauen zu verzeichnen.

Nicht weniger farbenfroh und optimistisch kommt die Broschüre „Politik für die Familie“ daher. Gegenüber der Abbildung einer vergnügten Zwei-Kinder(!)-Familie heißt es „Noch nie in der Nachkriegsgeschichte hat es in einer Legislaturperiode familienpolitische Maßnahmen von solcher Bedeutung und solchem Umfang gegeben“.

Unter anderem werden da Erziehungsgeld, Kindergeld und Beschäftigungsförderungsgesetz mit allen Tricks und den gequältesten Verdrehungen zu einer Erfolgsbilanz umgedeutet; die Wirklichkeit sieht anders aus:

- 0 Das Beschäftigungsförderungsgesetz hat durch befristete Arbeitsverhältnisse mehr wirtschaftliche Unsicherheit für die Familien gebracht und durch die Aushöhlung des Kündigungsschutzes für schwangere Mütter deren soziale Chancen verschlechtert.
- 0 Das Erziehungsgeld ist durch die Rechtskoalition von DM 750,- auf DM 510,- monatlich runtergefahren worden. Fürwahr ein eindrucksvoller „Umfang familienpolitischer Maßnahmen“.
- 0 Das Kindergeld für arbeitslose Jugendliche ist jetzt endlich - nachdem ein entsprechender Vorstoß der SPD 1984 abgeschmettert wurde - realisiert worden.

Die Verzögerungstaktik der Bundesregierung hat durch die Streichung des Kinderbetreuungsbeitrags, durch eine Reduzierung des Kindergeldes und durch die Umwandlung des Mutterschaftsurlaubs in die Erziehungsgeldregelung bis 1987 eine Einsparung von sieben Milliarden gebracht. So buchstabiert sich „Familienpolitik“ nach Kohlscher Art.

Schönfärberei, Verfälschung, Tatsachenverdrehung sind die Mittel, mit denen Friedhelm Ost - einer immer wieder geäußerten Bitte seines Herrn gemäß - die „Erfolge“ dieser Regierung besser „darstellt“.

Schade, daß man nicht intelligenter argumentieren kann. Vermutlich liegt es daran, daß die Ergebnisse der Kohlschen Politik so hunds miserabel sind, daß auch die schönste Hochglanzbroschüre (-/25.7.1986/vo-he/rs)

* * *



DOKUMENTATION

Anke Fuchs: Den Sozialstaat mit all unseren Kräften verteidigen

(Teil II)

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Anke Fuchs, die der Sozialpolitischen Kommission ihrer Partei vorsteht, machte auf der sozialpolitischen Konferenz der SPD in Neunkirchen am 11. Juni 1986 programmatische Ausführungen, die wir in drei Teilen dokumentieren.

Unsere Vorschläge wiederholen zum Teil bereits gefaßte Beschlüsse der Fraktion, die in gewissem Umfang auch Mehraufwendungen beinhalten, zum Beispiel:

- Kindererziehungsjahr,
- Stabilisierung der Rentenfinanzierung (inclusive Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit),
- Verbesserungen bei Arbeitslosengeld (siehe unsere Anträge zur 5. Novelle AFG),
- Kindergeld und Elternurlaub.

Unsere darüber hinausgehenden Vorschläge setzen - soweit sie über die bisherige Beschluslage der SPD-Bundestagsfraktion hinausgehen - langfristig erhebliche Finanzmassen in Bewegung. Aber in ihrer Summe sind die fiskalischen Belastungen durch Entlastungen gedeckt, ohne daß die Steuer- und Abgabebelastung der Bürger insgesamt erhöht wird. Wir plädieren zum Beispiel für erhebliche Leistungsausweitungen (zum Beispiel soziale Grundsicherung, Kindergeld), die nur durch Einschränkungen an anderer Stelle (zum Beispiel Harmonisierung der Alterssicherungssysteme, Wegfall der Kumulation von Erwerbsunfähigkeits- und Unfallrenten, Ehegattensplitting, Kostendämpfung im Gesundheitswesen) gedeckt werden können.

Es ist uns völlig klar: Die Finanzierungsströme müssen im Zusammenhang gesehen werden; wir Sozialdemokraten können uns nicht nur die Rosinen herauspicken. Wir bitten andererseits die für Finanzpolitik zuständigen Genossen, uns das abzunehmen und uns nicht einfach eine lange Liste mit Leistungsverbesserungen vorzuhalten, sondern unser Programm im Zusammenhang zu sehen. Es werden also erhebliche Umverteilungen in den sozialen Besitzständen und Umschichtungen zwischen den verschiedenen Sozialleistungsträgern und den Ebenen der Gebietskörperschaften notwendig. Nur so gewinnt sozialdemokratische Sozialpolitik wieder neue Handlungsfähigkeit.

Die Reformfähigkeit sozialdemokratischer Politik wird sich also daran zu beweisen haben, inwieweit sie gegenüber dem Bürger Überzeugungsarbeit zu leisten vermag, dem Druck wohlorganisierter Minderheiteninteressen standhält und den Egoismus bestehender Institutionen und auch der verschiedenen Ebenen des Staates (Bund, Länder, Gemeinden) überwinden kann.

Etwas anderes ist es mit den Kosten der Arbeitslosigkeit. Wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit kostet den Staat Geld und damit auch diejenigen Bürger, die Arbeit und Einkommen haben. Auch die Umverteilung vorhandener Arbeitsmöglichkeiten zugunsten Arbeitsloser durch Arbeitszeitverkürzung kostet etwas.

Solidarität mit den Opfern der Krise ist nicht zum Nulltarif zu haben, auch wenn man die weit über 55 Milliarden DM pro Jahr mit einrechnet, die schon heute an gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit entstehen.

Eine Finanzpolitik, die sich nur an dem Ziel orientiert, die Steuerquote oder die sogenannte Staatsquote herabzusetzen, überläßt zwangsläufig die Arbeitslosen ihrem Schicksal.

Eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlangt deshalb eine integrierte und beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Sozialpolitik im engeren Sinn kann hierbei nur flankierend helfen. Die Finanzpolitik muß ihren Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und sozialen Absicherung der Betroffenen leisten. Die Steuerpolitik muß beschäftigungspolitische Handlungsspielräume eröffnen, vor allem bei Ländern und Kommunen.

Vorrang für uns hat der Grundsatz: Die Abhängigkeit unserer sozialen Leistungen von der Erwerbsarbeit, und zwar von der bezahlten Erwerbsarbeit.

- Kein Abfinden mit Massenarbeitslosigkeit, Demokratie wird sich verändern.
- Qualität der Demokratie verändert sich, keine Chance, mit Hände- oder Kopfarbeit Lebensunterhalt zu verdienen.
- Kein Patentrezept, aber 100.000-weiser Abbau von Massenarbeitslosigkeit.
- Wirtschaftspolitischer Kongreß hat dieses deutlich gemacht. Wir wollen ein soziales Bündnis. Arbeit für alle. Das beste Bündnis ist die Mehrheit der Wähler. Denn von der konservativen Regierung ist ein solches soziales Bündnis nicht zu erwarten. Sie findet sich ab mit Massenarbeitslosigkeit. Sie nutzt Massenarbeitslosigkeit, um den Fortschritt zurückzudrehen. Beispiel: Beschäftigungsförderungsgesetz. Beispiel: Abbau von weiteren Arbeitnehmerrechten. Beispiel: Paragraph 116 Arbeitsförderungsgesetz.
- Wachstum allein reicht nicht aus. Deswegen brauchen wir Arbeitszeitverkürzung, Arbeit und Umwelt, öffentliche Investitionen, soziale Dienstleistungen. Flexibilität ja, Jahresarbeitsverträge, Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze, Öffentlicher Dienst als ein Arbeitsbeschaffer.
- Sozialstaat ist Produktionsfaktor, nicht Reparaturkolonne. Gesellschaftspolitisches Konzept - Arbeitslosigkeit nicht Restgröße, wir finden uns mit Arbeitslosigkeit nicht ab. Unsere Zukunft soll die Demokratie sozial gestalten und zwar mit sozialem Konsens, das heißt: Wir brauchen stabile Arbeitsverhältnisse, wir brauchen mehr Mitbestimmung, wir brauchen eine Stärkung der Tarifautonomie. Dieses wird jetzt in Frage gestellt.

Wir schlagen vor, die Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit neu zu ordnen: Nur noch die eigentliche Arbeitslosenversicherung soll aus Beiträgen finanziert werden. Kurzarbeit und Weiterbildung sollen durch eine Arbeitgeberumlage, die aktive Arbeitsmarktpolitik und die soziale Grundsicherung für Arbeitslose aus Steuermitteln finanziert werden. Alterssicherung - also abhängig von Erwerbsarbeit. Balalaikaspieler bis zum 30. Lebensjahr auf dem Kurfürstendam, anders als jener, der seit seinem 16. Lebensjahr in abhängiger Beschäftigung ist. Dabei bleibt es auch. Dafür haben wir unser Konzept: Gesetz 1984. Beiträge für Arbeitslose an Rentenversicherung. Neue Rentenformel. Erhöhter Bundeszuschuß. Lebensstandardsicherung.

Frauen haben nicht Balalaika gespielt, sondern Kinder erzogen. Für sie gilt: Babyjahr, bedarfsorientierte Mindestrente, Grundsicherung. Vernünftige Hinterbliebenenreform.

Grundsicherungskonzept: Ergänzung aus Steuermitteln. Soziale Sicherung in der Alterssicherung bei Alter. Das gilt aber nur dann, wenn alle, die arbeiten, auch ihren Beitrag zahlen. Deswegen Einbeziehung von Selbständigen. Dieses wiederum heißt: Wertschöpfungsbeitrag, weil damit die Selbständigen ihren Arbeitgeberbeitrag - sozusagen - schon bezahlt haben. Dieses Konzept entlastet die Kommunen. Sie leiden heute unter Armut im Alter und müssen zunehmend Sozialhilfe für arme Frauen zahlen. Dieses ändern wir. Wir ändern dieses auch bei Arbeitslosigkeit, denn auch hier wollen wir eine soziale Grundsicherung, einkommensabhängig auch für diejenigen, die nicht vorher Beitragszahler waren (zum Beispiel Studenten). Aber es bleibt dabei, Vorrang hat die Schaffung von Arbeitsplätzen.
(-/25.6.1986/vo-he/rs)

(Teil III und Schluß in unserer morgigen Ausgabe)

* * *

